Nummer 59 — Halle, Donnerstag, den 11. März 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

# Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Abholestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Vertrag in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Str. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Gläckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

## Neues in Kürze.

**Drahtmeldungen und Radiotelegramme.**

Der Reichspräsident hat dem ehemaligen Präsidenten der Physikalisch-technischen Reichsanstalt, Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Prof. Dr. Emil Warburg, zu seinem 80. Geburtstage den Adlerschild des Reichspräsidenten verliehen. Der Adlerschild ist eine bronzene Adlerplatette, die auf einem Bronzesockel steht und auf der Rückseite die Widmungsschrift trägt. Sie ist bisher an Gerhart Hauptmann, Professor Wagner-Darmstadt und den Ehren-Obermeister des deutschen Handwerks, Plate, verliehen worden.

*

Zwischen der Regierung von Guatemala und der dortigen deutschen Gesandtschaft ist ein Handelsabkommen unterzeichnet worden. Das Handelsabkommen wird veröffentlicht werden, sobald der Text in Berlin eingetroffen ist.

*

Der Reichstag hat zu Vertretern Deutschlands auf der internationalen parlamentarischen Handelskonferenz in London, die am 26. Mai beginnt, die Abgg. Dr. Lejeune-Jung (Dnatl.), von Raumer (D. Vp.), Lammers (Ztr.), Meyer-Berlin (Dem.) und Dr. Hilferding (Soz.) bestimmt.

*

Der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstags für Ostfragen trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Löbe zu seiner ersten Sitzung zusammen. Man einigte sich auf einen gemeinsamen Antrag, der die Bewilligung größerer Kredite bezweckt. Es wurde in Aussicht genommen, bei der Behandlung dieses Antrags im Plenum die Bildung eines geschäftsordnungsmäßigen Ausschusses für Ostfragen von 28 Mitgliedern zu beschließen.

*

Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde in der fortgesetzten Einzelberatung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur am Dienstag der § 4 der Vorlage erledigt, der das Verfahren vor der Oberprüfstelle regelt. Die Oberprüfstelle wird beim Reichsministerium des Innern aus Beamten und Sachverständigen gebildet. Sie entscheidet bei Besetzung von sieben Mitgliedern. Die Annahme dieses Gesetzesteils erfolgte gegen Sozialdemokraten und Kommunisten.

*

Auf Kleine Anfragen von preußischen Landtagsabgeordneten, die eine Notstandsaktion für die im Vorjahr durch schwere Unwetter geschädigten Kreise Schlesiens forderten, erwidert der preußische Innenminister, die Staatsregierung habe eine Notstandsaktion eingeleitet und hierfür aus Staatsmitteln rund 68 000 M. bereitgestellt. Ferner hat der Landwirtschaftsminister für die Betroffenen Saatgutkredite zur Ermöglichung einer neuen Aussaat verfügbar gemacht.

*

Auf Kleine Anfragen im Preußischen Landtage erwidert der preußische Finanzminister, daß infolge der in der Landwirtschaft durch das Auftreten von Viehseuchen entstandenen Notlage die fälligen Grundvermögensteuerbeträge bereits gemäß einem Runderlaß vom 27. August 1924 gestundet werden können. Für die Reichssteuern sei eine entsprechende Regelung durch Erlaß des Reichsfinanzministers vom 15. Juli 1924 getroffen.

*

Die nächsten Zahlungen an den Reparationsagenten sind am 22. d. M. fällig. Gilbert Parker reist Montag zur Berichterstattung nach Paris.

*

Die bürgerlichen Fraktionen der Berliner Stadtverordneten haben den Polizeipräsidenten im Namen von 85 Bürgervereinen ersucht, ein allgemeines Verbot der kommunistischen Straßenumzüge auszusprechen, wie sie Berlin seit Monaten alltäglich in allen Stadtbezirken sieht. Innerhalb vier Wochen sind als Opfer dieser Straßenumzüge gemeldet: 11 Schwerverletzte und über 80 Leichtverletzte.

*

Die 5-Millionen-Dollaranleihe der bayerischen Diözesen ist in Amerika stark überzeichnet worden.

*

Die polnische Regierung hat auch auf die letzte Beschwerdenote der deutschen Regierung eine Antwort nach Berlin nicht gegeben. Nach Meldungen aus Warschau beginnt der Prozeß gegen die in Oberschlesien verhafteten Deutschenführer nicht vor Mai.

*

Wie in Wiener politischen Kreisen verlautet, wird der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel demnächst eine große Vortragsreise nach den Vereinigten Staaten unternehmen.

*

Der Sonderkorrespondent des „Daily Chronicle" Renwick berichtet aus Düsseldorf ausführlich über die „ernsteste Krisis in der Geschichte der industriellen Welt", die Deutschland durchmache, und über die Geduld und die Tapferkeit, mit der die großen Massen in Deutschland „der herzzerreißenden Lage" gegenüberstehen, und sagt, es könne nicht zweifelhaft erscheinen, welchen Erfolg der Dawesplan haben werde, wenn er dieses Jahr zum ersten Male ernstlich auf die Probe gestellt werde.

# Ein neues Kabinett Briand.

**Entspannung in Genf. / Briand zuversichtlich. / „Deutschlands Großmachtstellung muß anerkannt werden." / Lösung der schwebenden Frage bis Wochenende?**

Die Informationen in den Berliner politischen Kreisen über die Ereignisse in Genf werden nur zögernd gegeben.

Die Auffassung bei Abgang dieses Berichtes war, daß in Genf die Dinge noch völlig unklar sind und daß aus diesem Grunde schon Zurückhaltung in der Beurteilung geboten ist.

Aktionen der Parteien sind, solange die deutsche Delegation in Genf weilt, nicht zu erwarten, wenn man von den kommunistischen Massenkundgebungen absieht, die am kommenden Sonntag in Berlin gegen den Völkerbund stattfinden sollen, also zu gleicher Zeit, da auch in Frankreich die Kommunisten Demonstrationen gegen den Völkerbund veranstalten.

Es ist nur eigenartig, daß auch in den Fraktionen des Reichstags eine ausgesprochen pessimistische Auffassung über Genf nicht besteht. Im Zentrum herrscht man sich heute früh auf Aeußerungen des Herrn Marx, des jetzigen Reichsjustizministers und früheren Reichskanzlers, die von einer „zögernden, aber desto sicheren Verfrachtung Deutschlands in den Völkerbundkahn" handelten.

Man kann auch auf den Inhalt der Genfer Berichte des Vorwärts achten, in denen der fast krankhafte Wille der Sozialdemokratie sich zeigt, koste es, was es wolle, zum Eintritt in den Völkerbund zu kommen. Daß dabei die Frage der Ratssitze eine der wichtigsten deutschen Belange ist, scheint den Vorwärts und der Partei, die er vertritt, längst entfallen zu sein.

Damit dem Ernst nicht die Satire fehle, sind auch die Hauptvorführer des deutschen Pazifismus nach Genf gefahren. Sie werden ihre Hauptaufgabe wohl darin erblicken, einer der französischen Aufnahmeanträge Schnellfeuer zu bringen und die Gegner davon zu überzeugen, daß das deutsche Volk Völkerversöhnung um jeden Preis will.

*

**Berlin, 10. März. Am Dienstag hielt man in Berliner amtlichen Kreisen, auf Grund der bisher vorliegenden Berichte der deutschen Delegation, eine abschließende Lösung aller schwebenden Fragen in Genf bis Wochenende für wahrscheinlich. Ein ausgesprochener Pessimismus, wie er in den Genfer Berichten der deutschen Presse zum Ausdruck kommt, wird in der Wilhelmstraße nicht geteilt. Der Reichspräsident hat angeordnet, daß ihm alltäglich über den Fortgang der Dinge in Genf Sonderbericht erstattet werde.**

### Briand anerkennt Deutschlands Großmachtstellung.

**Paris, 10. März. Wie das „Echo" meldet, hat Briand nach seiner Rückkehr aus Genf den Pressevertretern erklärt: Ich habe keine Besorgnis, daß wir uns mit den Deutschen nicht einigen werden. Ich weiß, daß die Hauptbeharren der Deutschen die Rücksichten auf die Idee der Großmachtstellung darstellen. Wir müssen diese Großmachtstellung nicht länger den Deutschen abstreiten, dann können wir auch unseren Freunden, den Polen, dienen."**

*

**Paris, 10. März.** In dem Havasbericht aus Genf heißt es: Die Großmächte haben einen Meinungsaustausch mit Spanien und Brasilien aufgenommen. Sein Ziel ist, alle Ratsstiftforderungen zum Herbst zu vertagen und zunächst Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund und Völkerbundrat sicherzustellen. Dienstag früh zeigte sich die Situation äußerlich entspannt.

### Chamberlain bei Luther und Stresemann.

**Genf, 9. März.** Heute nachmittag stattete Chamberlain Reichskanzler Dr. Luther und Reichsminister Dr. Stresemann seinen Besuch ab und hatte mit ihnen eine längere freundschaftliche Aussprache, die 1½ Stunden dauerte. Unter den Vertretern der Signatarmächte des Rheinlandpaktes ist vereinbart worden, morgen vormittag die Unterhaltung, die am Sonntag nachmittag begonnen, fortzusetzen.

### Die Aufnahmeverhandlungen.

**Genf, 9. März.** Der erste Ausschuß der Völkerbundsversammlung, der den Aufnahmeantrag Deutschlands zu prüfen hat, beschloß heute nachmittag 4 Uhr 30 Min. unter dem Vorsitz Chamberlains, einen Unterausschuß zu bilden, der in Anwendung des gleichen Verfahrens, das seinerzeit gegenüber Bulgarien, Oesterreich und Ungarn angewandt wurde, den Aufnahmeantrag im einzelnen beraten soll. Im Unterausschuß sind vertreten Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Kuba, Norwegen, Griechenland, Bulgarien, Irland und Jugoslawien; außerdem gehören dem Unterausschuß der Präsident Chamberlain und der Vizepräsident des Versammlungsausschusses Loudon (Holland) an. Der Ausschuß vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit, während der Unterausschuß in nichtöffentlicher Sitzung sofort seine Arbeiten aufnahm und zunächst einen Präsidenten wählte.

**Genf, 9. März.** Der ständige militärische Ausschuß des Völkerbundes beschäftigte sich vormittags mit dem Aufnahmeantrag Deutschlands. In unterrichteten Kreisen erwartet man bei der Ausarbeitung des Gutachtens des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes keine Schwierigkeiten, da es sich dabei lediglich um Formalitäten handelt.

**Genf, 9. März.** Auf Vorschlag Chamberlains beschloß das Bureau der Völkerbundsversammlung für die nächsten zwei bis drei Tage keine Plenarsitzung der Versammlung anzuberaumen. Im Laufe des heutigen Tages haben zwischen den Delegationsführern der Hauptmächte wiederum Besprechungen stattgefunden. Außerdem fand eine Unterredung zwischen Stresemann, Loucheur und Paul Boncour statt.

### Sitzung des Unterausschusses.

**Genf, 9. März.** Der Unterausschuß, dem heute nachmittag der Aufnahmeantrag Deutschlands zur Prüfung übermiesen wurde, wählte Chamberlain zu seinem Präsidenten und Loudon (Holland) zu seinem Vizepräsidenten, so daß also der Vorsitz des Unterausschusses und des Ausschusses selbst für die Prüfung des deutschen Aufnahmeantrages in den gleichen Händen liegt. Die Arbeiten des Unterausschusses werden nicht öffentlich sein. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung des Unterausschusses ist noch nicht bekannt. Auch ist es noch fraglich, ob er über den [illegible] Sitzung ein [illegible] Bericht angefertigt werden wird.

*

### Besprechung über den Rheinlandspakt.

**Genf, 9. März.** Die für morgen vormittag angekündigte Besprechung der Vertreter der am Rheinlandspakt beteiligten Mächte beginnt um 10 Uhr 30 im Hotel „Beau Rivage", dem Sitz der englischen Delegation.

*

**Die Enteignung Marienbads vor dem Völkerbund.**

**Berlin, 10. März.** Wie die Blätter aus Prag melden, wird in Genf voraussichtlich auch die Enteignung Marienbads zur Verhandlung kommen. Eine von deutschen Parlamentariern der Tschechoslowakei gemachte Eingabe ist vom Völkerbundssekretariat als besonders dringlich erklärt und einem aus je einem Vertreter Schwedens, Englands und Italiens bestehenden Rechtskomitee zur Behandlung zugewiesen worden.

## Briand wieder Kabinettschef.

**Perret Finanzminister.**

Der Präsident der Republik, Doumergue, hat am Dienstag Briand die Neubildung des Kabinetts angeboten, nachdem Kammerpräsident Herriot das an ihn gerichtete Ersuchen abgelehnt und Briand als die geeignete Persönlichkeit bezeichnet hatte. Letzterem ist es gelungen, ein Kabinett zusammenzubringen.

Es besteht aus denselben Mitgliedern wie das vorige, abgesehen von vier Ministerien, die neu besetzt wurden, und zwar

das Finanzministerium mit Perret,
das Ministerium des Innern mit Malvy,
das Unterrichtsministerium mit Lamoureux
und das Justizministerium mit Laval.

*

Wie aus Paris weiterhin gemeldet wird, wird Briand noch am Mittwoch nach Genf fahren.

---

Nach Meldungen aus Mailand hat sich in Bozen der faschistische Zentralrat des Etschgebietes (Südtirol) konstituiert. Als sein nächstes Ziel wurde die Einführung der italienischen Sprache in die Gemeinderatssitzungen Südtirols verkündigt. Die deutschen Bewohner von Bozen und Meran werden zum Beitritt in die Faschistenorganisation aufgefordert. „Aufgefordert" — also durch Schikanen und Drohung mit sofortiger Ausweisung gezwungen!

*

**Der Tiroler Landtag nahm einstimmig einen Dringlichkeitsantrag aller bürgerlichen Parteien an, in dem den Bundesratsmitgliedern für Südtirol für ihre mannhafte Vertretung des tirolischen Standpunktes in der Angelegenheit Südtirols gedankt wird. Der Landtag steht auch weiterhin auf dem Standpunkt, daß die Angelegenheit Südtirols vor den Völkerbund gehört.**

*

Der „Corriere della Sera" meldet die Entsendung eines italienischen Expeditionskorps nach Tripolitanien. Damit wird der Ernst der dortigen Lage durch die Blume zugegeben.

## Die Stimmung in Italien.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Die nachfolgenden Ausführungen wollen nicht polemisierend in den Streitfall mit Italien eingreifen, sondern eine sachliche Antwort geben auf zahlreiche Anfragen über die Auswirkung des Kampfes um Südtirol, der Boykottbewegung und der italienischen Gegenmaßnahmen.

Rom, 5. März 1926. Gustav W. Oberstein.

Wegen der auffallenden Uebereinstimmung der nachstehenden Ausführungen mit unseren unmittelbar nach Mussolinis Rede gegebenen Warnungen (Leitartikel: „Italien und wir" vom 10. Febr. 1926), sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von uns keine Anfragen an unsern Berichterstatter gerichtet wurden und daß seine Darstellung völlig unbeeinflußt ist.

Die Schriftleitung.

Es ist an der Zeit den Schaden zu betrachten. Zunächst die politischen Scherben. In Stücke ging das einzige Freundschaftsverhältnis, das Deutschland nach dem Kriege mit einem Feind von gestern anknüpfen konnte. Während noch vor wenigen Monaten hinter der Einheitsfront der deutschen Herzen auch die deutschen Politiker einig in der Ueberzeugung waren, man könne durch eine Art Volksbewegung etwas gegen Italien ausrichten, fragen sich heute schon viele: Dürfen wir uns, entwaffnet und vereinsamt, den Luxus gestatten, Italien in die Arme Frankreichs zu treiben? Hat uns die Sentimentalitätspolitik nicht wieder einen bösen Streich gespielt? Sind wir nicht gerade im ungünstigsten Augenblick, als Italien gegen Frankreich Stellung bezog, in die Feindschaft mit Rom „hineingeschlittert", um mit Tirpitz zu sprechen?

Ein Eintreten für unsere Tiroler Brüder ist eine Sache des edelsten Gemüts, also echt deutsch. Es ist menschlich richtig, folglich, nach Macchiavelli, politisch falsch, weit hinter den deutschen Forderungen keine Macht steht, die durchzusetzen. Um so grotesker nahm es sich für [illegible] Ohren, die mit der [illegible] Moral des Reichs getilgt haben, aus, als man mangels eines Säbels mit der leeren Säbelscheide zu rasseln anfing, mit sozialistischen Tiraden und Völkerbundsphrasen. Aus diesem Mißverhältnis zwischen Wollen und Können erwuchs der schneidende Hohn und der allzu billige Spott Mussolinis.

Andrerseits hat der Diktator vor dem vermeintlichen Zusammenschluß eines deutschen Achtzigmillionenblockes eine Angst, die der Komik nicht entbehrt. Locarno gründlich mißverstehend und erschreckend falsch über die deutschen Möglichkeiten unterrichtet, plant er nun zur Abwehr einen französisch-italienischen Achtzigmillionenblock und eine Einkreisung Deutschlands im Süden und Südosten mit Hilfe eines Balkanpakts. Wer steht nun aber als Puffer zwischen Nord und Süd? Das bedauernswerte Südtirol. Es wird um so gründlicher und um so schneller verwischt, je mehr Mussolini aus der wachsenden deutschen Empörung auf aggressive deutsche Absichten schließen zu müssen glaubt.

Was stand am Ende des flammenden Ruhrkampfes? Locarno. Der Geist von Locarno verjagt bald die blutigen Striemen von Essen, den Märtyrerpfahl eines Schlageter, die schwarze Schmach am Rhein. Was wird am Ende des Kampfes um Südtirol stehen? Schlimmeres, kaum eine Versöhnung.

Jeder Kenner des faschistischen Italiens sah diese Entwicklung voraus. „Wir müssen mit dem Faschismus wie mit einem ehrlichen Gegner verhandeln; ihn wirkungslos schmähen heißt den Südtirolern den Boden unter den Füßen wegziehen." So schrieb ich im vorigen Jahre. Heute haben die Südtiroler keinen Boden mehr unter den Füßen. Und die Deutschen nördlich des Brenners — was trug ihnen das wirkungslose Schmähen des Faschismus ein? Hier heißt es: Hand aufs Herz. Mit flammenden Protesten kommen wir ebensowenig weiter. Es hilft nur sachliche Erkenntnis. Tatkräftige Außenpolitik, nicht — an sich verständliche — Herzensausdrüche!

Was nützt es den Südtirolern, wenn wir bei Saturn die Italienfahrt abrechen? Ist es möglich, mit einem Verzicht auf italienische Orangen und Automobile die Verwelschung aufzuhalten? Fragen, die vorher reiflich erwogen sein wollen. Leider sind sie heute schon zu einem guten Teil beantwortet. Die bittere Wahrheit lautet: Der Erfolg des Feldzuges um Südtirol war bisher nicht nur gleich Null, sondern negativ. Ein Minus ist zu buchen. Wie immer, wo der brutalen Uebermacht das wehrlose Menschenrecht gegenübergestellt wird.

Die Spekulation auf den materiellen Sinn des italienischen Volkes mußte gerade an der heißen Glut des Nationalismus zerschmelzen. Hätte sich der Faschismus als so lebensfähig erweisen können, wenn er sich schon mit ein paar hundert Millionen sein Rückgrat abkaufen ließe? Der Boykott ist da, erheblich weniger Waren zieht es über den Brenner als im vorigen Jahre. In Venedig, in Rom im Golf von Neapel, wo es früher um diese Jahreszeit buchstäblich wimmelte von Deutschen, wo die Speisekarten in deutscher Sprache herausnahmen, sieht man kaum einen Deutschen. Wer aber muß den Ausfall entgelten? Die Südtiroler.

Die Südtiroler sind daher gar nicht so erbaut. Man hat gut sagen, ihre Unterschriften unter Protestkundgebungen gegen den deutschen Pressefeldzug seien erpreßt; es mag etwas Wahres daran sein, aber andererseits gilt doch auch, daß sie von dem Recht auf ihre angestammte Sprache nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260311014/fragment/page=0001

soll werden können. Der Hunger ist ein böser Koch. Tausende und aber Tausende von Existenzen hängen von einem guten Einvernehmen mit den neuen Herren ab. Ob sie wollen oder nicht, sie müssen vielfach gute Miene zum bösen Spiel machen. Wer sich das vor Augen hält, begreift, warum den Musikitalienern gewisse Uebertreibungen ungemein peinlich sind.

Uebertreibungen sind zweifellos vorgekommen und werden noch immer von pfiffigen Rechnern herumgeboten. Wem nützt der Boykott Italiens, wem die Spannung zwischen Deutschland und Italien, wem der wachsende Haß auch den Faschismus?

Zum Glück ist es mit dem Volkszorn der Italiener nicht so schlimm: Der Warenverkehr spielt sich vollkommen normal ab. Weder am Brenner, noch in Chiasso stößt der deutsche Exporteur auf Schikanen. Von zahlreichen deutschen Geschäften, die in Mailand geschlossen haben sollen, die Namen zu nennen, wird wohl niemandem gelingen. Das Reisen in Italien wo — mögen es die Herren Sozialisten, die Südtirol sagen und Faschismus meinen, noch so ungern wahr haben — eine bewundernswerte Ruhe und Sicherheit herrscht, hat nichts von seinen herkömmlichen Annehmlichkeiten und mehr oder minder romantischen Unannehmlichkeiten eingebüßt. An allen Kiosken kann man deutsche Zeitungen kaufen. Eines Tages wurden sie verbrannt — den nicht faschistischen italienischen Zeitungen passiert das alle Woche, ohne daß sich jemand darüber aufregen würde. Die Straßenbahn fährt durch die rauchenden Haufen hindurch und die hübsche Signorina zupft ihr Röckchen näher ans Knie — dann lächelt alles, Italienerin und Deutsche. Aufregungen dürfen wie gutes Bier nur kurze Zeit schäumen. Am nächsten Morgen ist alles vergessen.

— Aber nun heißt es: neu anknüpfen.

---

## Wohnungsbau- und Mittelstandsfragen.

**Minister Curtius' Rede im Haushaltsausschuß.**

Im Haushaltsausschuß des Reichstags äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in einer längeren Rede zunächst ausführlich über die Handelsvertragsverhandlungen, die z. B. mit Frankreich mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen, während die deutschen Vorschläge an Spanien bis jetzt noch nicht beantwortet sind. Bezüglich Polens müsse immer wieder betont werden, daß die Ursache für die ungenügenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bei der polnischen Regierung zu suchen ist, die durch ihre besonderen Zölle für deutsche Einfuhrwaren Deutschland zu Gegenmaßnahmen zwang. Die Kartellpolitik müsse jetzt auf eine tragfähigere Basis gestellt werden. Zu diesem Zweck sei eine Sachverständigen-Kommission für die Revision der Kartellverordnung im Ministerium eingesetzt.

Die Aufgabe der Wohnungsbaufrage nimmt der Minister dafür ein, daß man versuchen müsse, so rasch wie möglich aus der Wohnungszwangswirtschaft herauszukommen, und man zu diesem Zwecke die Mieten langsam steigern sollte. Die Bautätigkeit müsse soweit gefördert werden wie nur irgend möglich. Aus der Hauszinssteuer ständen für diese Zwecke im laufenden Jahre etwa 700 Millionen Mark zur Verfügung. Die Summe zusammen mit dem Kapital des privaten Bauunternehmertums würde nach Ansicht des Ministers genügen, um die Kapazität des Wohnungsbaues, die bei 200 000 Wohnungen jährlich liege, zu erreichen. Dann wandte sich der Minister den

**Mittelstandsfragen**

zu. Er verwies darauf, daß der Mittelstand und besonders auch seine Kreditquellen durch die Inflation hervorragend gelitten hätten, daß aber die Kreditgenossenschaften erfreulicherweise sich wieder erholten. Es sei auch wünschenswert, daß die Sparkassen wieder ihre Vertreigsfunktionen als Kreditgeber des Mittelstandes in erhöhtem Maße aufnähmen.

Die Reichskredite für den Mittelstand würden wahrscheinlich verlängert werden; neue öffentliche Kredite sollten aber — das sei auch die Ansicht des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks — nicht mehr gegeben werden.

Der Haushaltsausschuß stimmte einer Entschließung zu, die die Reichsregierung ersucht, Beobachtungen anzustellen, deren Ergebnis für den Grad der Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft Anhaltspunkte geben. Den in Frage kommenden Instanzen des Reichstags soll über diese Angelegenheit dann vertraulich Auskunft gegeben werden.

# Dr. Reinholds Steuerprogramm vor dem Reichstag

**Buch- und Betriebsprüferdienst. / Höheraufwertung für Kleinrentner. / Ablehnung des Mißtrauensvotums.**

**Berlin, 9. März.** Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums in zweiter Beratung. In der allgemeinen Aussprache wurde von den Rednern des bayerischen Bauernbundes, der bayerischen Volkspartei und der Völkischen Arbeitsgemeinschaft,

**das Steuersenkungsprogramm**

des Reichsfinanzministers mit einer gewissen Skepsis beurteilt und vor allem bezweifelt, daß die Senkung der Umsatzsteuer zu einer Senkung der Preise und zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft führen könnte. Am Schluß der allgemeinen Aussprache wurde ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Minister gegen die Stimmen der Antragsteller und bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen abgelehnt.

In der Einzelberatung wurde von verschiedenen Rednern die Nichtigkeit der Buch- und Betriebsprüfung zur Verhinderung von Steuerhinterziehung betont. Staatssekretär Popitz erklärte, die Reichsfinanzverwaltung lege auf diesen Dienstzweig den größten Wert und bemühe sich dauernd um die Heranbildung tüchtiger und zuverlässiger Prüfer. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, wonach im Ministerium ein besonderes Referat für die Buch- und Betriebsprüfungen eingerichtet werden soll. Aus der weiteren Einzelberatung verdient die Erklärung des Staatssekretärs Popitz Beachtung, daß bei der Aufwertung der Kriegsanleihen die Vorzugsrenten für bedürftige Anleihebesitzer ohne Rücksicht auf den Tag der Antragstellung mit Wirkung vom 1. Januar 1926 gezahlt werden sollen. Der Gesetzentwurf über die Steuermilderungen wurde nach Erledigung des Etats dem Steuerausschuß überwiesen.

In der Mittwochsitzung des Reichstags, die um 1 Uhr beginnt, wird Reichsinnenminister Dr. Külz die zweite Beratung seines Etats mit einer Programmrede eröffnen.

*

Am Regierungstische: Reichsminister Dr. Reinhold, Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt. Zuerst nimmt das Wort

Abg. Kling (Bayr. Bauernbund). Er stellt fest, daß die Rede des Finanzministers von der ganzen Wirtschaft gut aufgenommen worden ist, weil Steuererleichterungen in Aussicht gestellt sind. Der Finanzminister habe sehr viel versprochen, aber man müsse doch etwas Wasser in seinen Wein gießen. Wenn er jetzt auf 500 Millionen Steuern verzichten könne, so sei damit bewiesen, daß im vorigen Jahre Thesaurierungspolitik getrieben wurde. Dadurch sei die Wirtschaft in eine schwierige Lage gekommen. Von der Herabsetzung der Umsatzsteuer verspricht sich der Redner nicht viel.

Für den Eigenverbrauch der Landwirtschaft müsse die Feuerunbedingt aufgehoben werden. Die Landwirte, die mit eigenen Familienangehörigen arbeiten, sollten steuerliche Erleichterungen erfahren. Den Bewirtschaftern landwirtschaftlicher Betriebe bis zu 25 Hektar müßten Steuerrückstände aus den Jahren 1924 und 1925 erlassen werden. Der Redner beantragt, die für den 1. April ds. Js. vorgesehene Erhöhung der Biersteuer nicht in Kraft treten zu lassen.

Abg. Merck (Bayr. Vp.) bittet dringend, von einer Erhöhung der

**Biersteuer**

am 1. April ds. Js. abzusehen. Die Bedenken gegen die Finanzpläne des Ministers hätten sich seit seinen letzten Reden verschärft.

Der Redner fordert weiter Steuererleichterungen für die Landwirtschaft. Bei den Steuersenkungen müßten in erster Linie die kleinen und mittleren Betriebe berücksichtigt werden. Es sei zweifelhaft, ob die Senkung der Umsatzsteuer das richtige Mittel zur Wiederbelebung der Wirtschaft sei, da die großen Betriebe in erster Linie den Vorteil davon haben würden. Die Umsatzsteuer, die das Rückgrat des Finanzausgleichs sei, hätte man besser reformieren, statt abbauen sollen. Die Beseitigung der Luxussteuer sei freilich längst notwendig gewesen. Beim Finanzausgleich müssen die Interessen der Länder und Gemeinden besser gewahrt werden.

Abg. Schröder (völk.) erklärt, daß seine Freunde kein großes Vertrauen zu dem Programm des Finanzministers haben. Es handele sich auch weniger um eine Steuersenkung als vielmehr um eine Umgruppierung. Der Redner verlangt, daß als Hauszinssteuer vom 1. April ds. Js. ab nur noch 20 Proz. der Friedensmiete erhoben werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird gegen die Kommunisten bewilligt. Das Mißtrauensvotum der Kommunisten wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Bei dieser Abstimmung enthalten sich die Deutschnationalen der Stimme. Sämtliche Anträge, die eine Reform des Steuerrechts verlangen, werden dem Steuerausschuß überwiesen. Es folgt die Einzelbesprechung.

Abg. Meier-Baden (Soz.) betont die Wichtigkeit des Buchprüfungsdienstes. Allein im Jahre 1924 sei dadurch eine Mehreinnahme an Steuern und Geldstrafen von 94 Millionen erzielt worden. Die Buchprüfung müsse auch auf die buchführende Landwirtschaft ausgedehnt werden.

Staatssekretär Popitz weist darauf hin, daß die Frage der Steuermoral nicht allein von den allgemeinen moralischen Grundsätzen abhänge, sondern auch von den Möglichkeiten der Umgehung. Eine wesentliche Vorbedingung für die Hebung der Steuermoral sei die Stabilisierung der Steuergesetzgebung. Bei der Landwirtschaft werde der Buchprüfungsdienst gleichfalls nach Möglichkeit durchgeführt. Um geschlechtsloses Personal für den Buchprüfungsdienst sei die Finanzverwaltung dauernd bemüht.

Abg. Dr. Philipp (Dnat.) gibt zu bedenken, daß die Finanzämter nicht immer so schlecht seien, wie behauptet werde. Die Schuld liege nicht bei den Aemtern, sondern bei den Bestimmungen und Verordnungen, die der Reichstag gemacht habe.

Der Redner fordert die Rückerstattung von überzahlten Reichsnotopfern. Notwendig sei die Beseitigung der Härten, die sich bei der Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes, besonders für die Kleinrentner ergeben hätten.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sagt wohlwollende Prüfung zu. Es soll erwogen werden, inwieweit auch den Rentnerkreisen eine Höheraufwertung von ihnen gezeichneten Anleihen entgegengekommen werden kann.

Angenommen wird ein Antrag, der bereits die Billigung der Regierung gefunden hat, die

**Vorzugsrenten**

ab 1. Januar 1926 zu zahlen. Ferner findet Annahme ein Antrag Ersing (Ztr.), beim Finanzministerium ein Referat für den Buch- und Betriebsführungsdienst einzurichten.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird beendet. Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 1 Uhr: Reichsministerium des Innern. — Schluß 7 Uhr.

## Forderungen ehemaliger Kriegsgefangenen

Seit mehr als sieben Jahren warten die ehemaligen Kriegsgefangenen auf die Auszahlung ihrer Forderungen an das Deutsche Reich, die ihnen nach Art. 4 und 6 der Haager Landkriegsverordnung bzw. nach Artikel 13 der Genfer Konvention (Sanitätspersonal) zustehen. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, hat die Reichsregierung auf erneute Anfrage des Reichstagsabg. Roßmann die Erklärung abgegeben, daß sie die ganze Angelegenheit demnächst in allen Einzelheiten vor dem Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstags aufzurollen beabsichtigt. Der Reichsbund erwartet, daß dem Drängen auf Bereitstellung von Mitteln zur Auszahlung der Guthaben nun bald entsprochen wird.

## Die „Germania" und der Abg. Leopold.

Uns wird geschrieben: Das offizielle Organ der Zentrumspartei, die „Germania" hält es für richtig, ihre „antiklassenkämpferliche" Einstellung dadurch zu beweisen, daß sie aus dem Eintreten des deutschnationalen Abg. Leopold für den sozialdemokratischen Antrag auf Gleichstellung der Angestellten und Arbeiter bei Gewährung der knappschaftlichen Altersrente im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags eine kleine Hetze gegen den Abgeordneten inszeniert mit dem Hintergedanken, ihn dadurch in den Kreisen seiner Berufsgenossen bloßstellen zu können. Denn so denkt der Schreiber des Zeitungsartikels offenbar, welchen Eindruck muß es machen, wenn ein Unternehmervertreter für einen „sozialdemokratischen Antrag" eintritt! Und wie kann man das Ansehen eines solchen Mannes vor der Industrie schwächen, wenn man solche „Schandtat" der Oeffentlichkeit unterbreitet!

Die „Germania" hätte die Haltung des Abg. Leopold eigentlich anerkennen müssen; sieht sie doch stets in vorderster Reihe, wenn es gilt, den Deutschnationalen und den Unternehmern mangelhaftes Verständnis für die Anschauungen der Arbeiterschaft, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, zum Vorwurf zu machen.

Der Versuch der „Germania" ist ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt. Der Abgeordnete Leopold urteilt nach objektiven Gesichtspunkten und scheut sich nicht, seine Ansichten auch dann auszusprechen, wenn sie den Anträgen der Zentrumspartei widersprechen.

Worauf kann es im vorliegenden Fall an? Das Zentrum hatte beantragt, daß bezüglich der Gewährung der Altersrente die Angestellten schlechter gestellt werden sollten als die Arbeiter. Fünf Jahre später als diese sollten die Angestellten in den Genuß der Altersrente treten können. Der Abgeordnete Leopold widersprach solcher Differenzierung, die auch der ursprüngliche Entwurf der Reichsregierung nicht enthalten hatte, und begründete seine Ansichten vor allem mit den Verhältnissen des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues. Bei einer unterschiedlichen Behandlung zwischen Angestellten und Arbeitern würde der Uebergang aus dem Arbeiterstande in die Angestelltenschaft in erster Linie für ältere Arbeiter Nachteile mit sich bringen, die gegen die Interessen des Bergbaues und die Arbeiterpsychologie verstoßen. Außerdem könne nicht zugestanden werden, daß der technische Durchschnittsbeamte eine leichtere und weniger gesundheitsgefährdende Arbeit auszuführen habe als der Arbeiter. Wäre doch auch eine unterschiedliche Behandlung der mit schweren und leichten Arbeiten betrauten Arbeiter nicht gemacht und habe doch nach dem vom Zentrum eingebrachten und vom Ausschuß angenommenen Antrage ein dauernd mit leichteren Arbeiten beschäftigter Arbeiter mit 55 Jahren bereits Anrecht auf Altersrente! Aus welchem Grunde die Angestellten nicht solchem Arbeiter gleichgestellt werden sollten, sei unerfindlich. Der Abgeordnete Leopold ist nur für das Prinzip des sozialdemokratischen Antrages eingetreten und hält, wie er ausdrücklich betont hat, Art und Höhe der Altersrentenregelung wirtschaftlich für unmöglich.

Der starke Hinweis des „Germania"-Artikels auf die finanziellen Lasten des Reichsknappschaftsgesetzes berechtigt zu der Hoffnung, daß innerhalb des Zentrums auch allmählich die Meinung Platz greift, daß die jetzt beschlossenen Bestimmungen für die Werke und die Arbeiter Belastungen zur Folge haben, die von beiden Seiten nicht getragen werden können. Laufen die bisherigen Beschlüsse doch darauf hinaus, daß jeder einzelne Bergmann etwa 15 Prozent seines Lohnes allein für die Zwecke des Reichsknappschaftsvereins laufend abführen muß. Daß der Abgeordnete Leopold gegen Bestimmungen mit solchen Auswirkungen gestimmt hat, beweist, daß er nicht übertriebenen Forderungen das tätige Leben zum Opfer bringen will.

## Zwei Szenen im Londoner Westend.

**Von unserem Londoner Korrespondenten.**

1.

Am Ufer der Themse. Kurz vor Mitternacht. Mit einem gurgelnden Geräusch zieht die schwärzliche Flut unter den Bogen der Westminsterbrücke hin, stellenweise rot und grün beleuchtet vom Schein riesiger Lichtreklamen, die eine Zahnpaste oder eine Whiskymarke mit jäh aufflammenden und wieder verlöschenden Lettern anpreisen. Alles geht seinen gewohnten Gang. Elektrische, Omnibusse, Autos, heimkehrende Theaterbesucher, ziellos umherirrende Nachtgestalten. Plötzlich entsteht eine Bewegung unter den Passanten der Brücke. Zusammenlaufen, Angstrufe. Eine Frau ist über die Brüstung gegangen! Hin- und Hergerenne. Schnell, Hilfe! Wer wagt es? Ein Boot stößt vom Ufer ab. Wird das Werk gelingen, ehe es zu spät ist? Wahrhaftig, man zieht die Unglückliche aus den Wellen, bemüht sich um sie auf den Stufen der zum Wasser hinabführenden Treppe. Banges Fragen und Antworten. Ist sie tot? Lebt sie? Die Menschenmenge schwillt immer mehr an. Der Verkehr stockt. Schon schwirren Gerüchte herum über das Motiv, das die Bedauernswerte zu ihrer Verzweiflungstat trieb. Aber da vorne, auf der Steintreppe, erhebt sich ein Gelächter. Wie, was ist das? Das Lachen verbreitet sich. Die ganze Brücke lacht. Der Fall ist aufgeklärt: Die Frau ist eine Puppe. Man kurbelt eine Szene aus dem neuen Detektivfilm der Mrs. Belloc Lowndes: „Der möblierte Herr". Die Menge zerstreut sich, teils erleichtert aufatmend, teils ein ganz klein wenig enttäuscht darüber, daß es sich nur um Theater und nicht um Wirklichkeit handelte.

2.

Jermyn Street beim Piccadilly Circus. Am hellen Tage. Aus einem Juwelergeschäft tritt ein elegant gekleideter Herr und geht behende auf die Regent Street zu. Schaut sich um. Nichts, das Manöver ist entdeckt, der Verkäufer ist ihm auf den Fersen. Der elegante Herr beschleunigt seine Schritte zu einer Rennpartie, die zu seiner Eleganz nicht recht paßt. Der Verkäufer läuft. Der Herr auch. Der Verkäufer rennt. Der Herr wirft alle Vornehmheit und Eleganz über Bord und saust um die Ecke, und wieder um die nächste Ecke. Der Verkäufer immer hinterher. Aber der Elegante hat längere Beine und gewinnt Vorsprung. Der Verkäufer schreit: „Festhalten, Dieb, festhalten!" Volksauflauf. Die Distanz zwischen dem eiligen Herrn und dem Verkäufer vergrößert sich. Schließlich ist der Verkäufer überhaupt nicht mehr auf der Szene, hat bei den vielen Ecken die Spur verloren. Aber ein paar Leute mit hinreichend langen Beinen sind in greifbarer Nähe. Der Herr steht ein: hier helfen mir meine Beine nicht mehr, hier muß der Kopf es schaffen. Er bleibt stehen. „Wo ist Freddy?" fragt er lächelnd. „Freddy?" „Mein junger Mann, der mir nachlief. Haben Sie ihn nicht gesehen? Na, er wird schon wieder auftauchen. Wir filmen den „Gentleman-Dieb." „Ach so." Ja. Na, dank auch für die realistischen Begleitumstände, die Sie durch Ihre Beteiligung an meiner Verfolgung geschaffen haben. Verzeihen Sie nicht, sich den Film anzusehen, nächste Woche im Tivoli. Guten Tag, meine Herren!" Sprichts und verschwindet seelenruhig um die nächste Ecke. Als „Freddy" kurz darauf mit zwei Polizisten auf der Bildfläche erscheint und auseinanderfleht, daß der Gentleman-Dieb einen falschen Diamantring für einen echten untergeschoben hat, ist das Spiel schon aus.

**Ferienlehrgänge für Kunst.**

Ein archäologischer Ferienlehrgang und ein Lehrgang für deutsche Kunst des Mittelalters wird in Preußen für Lehrer und Lehrerinnen höherer Lehranstalten in Berlin vom 6. bis zum 14. April ds. J. abgehalten werden. Das Provinzialschulkollegium wird aus seinem Amtsbereich zu beiden Lehrgängen drei bis vier geeignete Lehrer und Lehrerinnen einberufen.

**Berufung an die Pädagogische Akademie in Kiel.** Der besonders auf dem Gebiete der Heimat und Volkskunde von Schleswig-Holstein sowie der Didaktik der Geographie tätige Prorektor Dr. phil. Jörgen Hansen in Tetersen ist zum Dozenten für Geographie an der Pädagogischen Akademie in Kiel berufen worden.

## Der Deutsche und das Rheingebiet.

Der Deutsche und das Rheingebiet. Von G. Aubin, G. Baesecke, R. Fider, M. Fleischmann, P. Frankl, H. Hahne, R. Holtzmann, D. Schäfer, F. J. Schneider, K. Boresch, Professoren der Universität Halle-Wittenberg. Mit einer Sprachenkarte von Elsaß-Lothringen, einer Karte der besetzten Gebiete, Übersichten von Preußischen Statistischen Landesamt, und mit 35 anderen Karten und Skizzen sowie 17 Abbildungen. 1926. Gr. 8°. VI und 223 Seiten in Ganzleinen gebunden 16 M.

Zehn hallische Universitätsprofessoren haben soeben unter obengenanntem Titel ein Werk herausgegeben — auf Grund einer Vortragsreise im Winter 1924/25 — das eine ungemein fesselnde zusammenfassende Beleuchtung unserer Westgrenze bietet. Die Wirklichkeit in Natur und Vorgeschichte, in Geschichte, Volkstum und Sprache, Literatur und Kunst, in der Wirtschaft, wird den Lesern lebendig vor Augen geführt. Wie aus kaum einer anderen der zahlreichen Veröffentlichungen über den deutschen Westen wird aus dieser Veröffentlichung der bittere Kampf der Jahrhunderte und die ganze Schwere des Schicksals dieser Grenzmarken deutlich, und gerade die strenge Menschlichkeit, durch die erst deutsches Empfinden immer wieder durchschimmert, wirkt so besonders eindringlich und überzeugend.

Der erste Aufsatz von Professor Fider führt in die Geschichte und in die Geschicke des Reichslandes Elsaß-Lothringens ein, zeigt uns, wie weitaus die Mehrzahl der Elsasser nach Sprache, Herkunft und Sitte Deutsche sind und sich auch als Deutsche fühlen und läßt uns so bitterer empfinden, daß uns mit diesem Gebiet eines der ältesten und zugleich schönsten Teile Deutschlands verloren gegangen ist. Eine bunte Sprachenkarte macht den Aufsatz besonders anschaulich. — Prof. Fleischmanns Aufsatz „Rhein und Saar in den Banden von Versailles", ist eine kraftvolle Darlegung dieses schlimmsten aller „Friedensverträge" und all der schlimmen Schäden, die man uns zugefügt hat. Auch hier wirken drei hochinteressante Karten mit den Bahn- und Luftschiffplätzen im Rheingebiete vor und nach der Besetzung und eine Karte des besetzten Gebietes nach dem Stande vom 1. Juli 1925, in der die 5-, 10- und 15jährigen Besetzungszonen deutlich auseinandergehalten sind. — Prof. Schlüters Beitrag, Aufbau, Gliederung und Lage des Rheingebietes, führt in die Geologie und Geographie des Landes ein und wird durch drei Karten anschaulich ergänzt. Die vorgeschichtliche Zeit, Anthropologie und Volkheit entwickelt Prof. Hahne in einer Abhandlung, die von der Urzeit an beginnt, und in 26 Karten die Brücke aus fernster Urzeit zur Gegenwart schlägt. — Prof. Holtzmann bietet dazu die geschichtliche Ergänzung, er zeigt uns Germanen und Deutsche, Römer und Franzosen am Rhein. Die zwei beigefügten Karten, das Rheingebiet im Mittelalter und das in der Gegenwart, bieten eine vorzügliche Ueberschicht. — Die Sprachgrenze und ihre Bedeutung für Frankreich wird von Prof. Boresch erklärt. Auch in diesem Aufsatz ist eine ausführliche größere Karte zur Verfolgung aller Einzelheiten beigegeben. — Dann kommt das Edelste und Beste vom Rhein zum Wort: die Kunst. Prof. Baesecke führt in die Literatur des Rheingebietes im Mittelalter ein, und Prof. Schneider setzt die literarische Abhandlung vom 30jährigen Kriege an fort. Das Problem der bildenden Kunst behandelt Prof. Frankl mit 17 Abbildungen von kirchlichen Skulpturen und Malereien. — Den Schluß bildet ein Aufsatz über die wirtschaftliche Bedeutung des Rheingebietes von Prof. Aubin, der mit einem ergänzenden Nachwort versehen, ganz besonders viele Kreise des deutschen Volkes interessieren muß.

Das vorzüglich ausgestattete Werk ist eine wahre Fundgrube der Belehrung, des Genusses und der vaterländischen Anregung, aus tiefer Liebe zur Heimat geboren, Verehrung, Glauben und Hoffnung weckend, und ist ein wirkliches Ehrenmal für unsere Universität und seine Verfasser, das weit über die Landesgrenzen hinaus dankbare und freudige Leser zu finden verdient und finden wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260311014/fragment/page=0002